

Besseren Service für Patientenberatung

NACHGEFRAGT bei Diana Skibbe, Sprecherin der Linksfraktion für Verbraucherschutz

Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) wurde neu strukturiert und im vergangenen Jahr durch die Sanvartis GmbH aus Duisburg übernommen. Wie war die UPD vorher organisiert und warum sollte dieser Wechsel kritisch gesehen werden?

Bis zum Jahr 2015 lag die unabhängige Patientenberatung in den Händen dreier gemeinsamer Träger, dem Sozialverband VdK Deutschland, dem Verbraucherzentrale-Bundesverband und dem Verbund unabhängige Patientenberatung. Die Beratungsqualität war durch die unabhängigen, gemeinnützigen und patientennahen Organisationen bundeseinheitlich auf hohem Niveau gesichert.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 wurde dem gemeinnützigen Trägerverbund das Projekt entzogen und dem Callcenter-Unternehmen Sanvartis übertragen – eine Firma, die Kundenkommunikation im Auftrag vieler Krankenkassen, Ärztenverbände und Pharmaunternehmen übernimmt. Sanvartis hat die UPD im Rahmen einer eigenständigen gGmbH fortgeführt. Seitdem ist die Anzahl der Beratungen

vor Ort um 80 Prozent zurückgegangen. Deutlich angestiegen ist dagegen die unpersönliche und oft zu kurze Beratung per Telefon und Mail.

Wie ist die Situation konkret?



Anfragen bei der Bundesregierung und der Thüringer Landesregierung haben ein sehr bedenkliches Bild ergeben: 90 Prozent der Patienten,

die Beratung suchen, erhalten lediglich per Telefon Auskunft. Nur zwei Prozent können ihre Probleme vor Ort klären. Dies liegt an der bedauerlichen Ausdünnung der Beratungsstruktur vor Ort. In Thüringen steht als Ansprechmöglichkeit nur ein Büro in Erfurt zur Verfügung. Darüber hinaus werden

durch die UPD gGmbH in diesem Jahr für persönliche Beratungen nur jeweils vier Termine in Jena, Nordhausen und Eisenach angeboten. Zwischen April und Dezember 2016 hat die Beratungsstelle Erfurt nur 37 persönliche Beratungen durchgeführt, alle anderen Patienten wurden auf Telefon und Mail verwiesen. Leider ist es so, dass sich damit unsere Befürchtungen, die wir bereits vor der Neuvergabe der unabhängigen Patientenberatung hatten, bestätigt haben.

Was kann gegen diesen unhaltbaren Zustand getan werden?

Der Patientenbeauftragte der Bundesregierung – Staatssekretär Karl-Josef Laumann – ist aufgefordert, für mehr Transparenz der Arbeit der UPD zu sorgen. Und spätestens nach Ablauf des jetzigen Förderzeitraums, der außerdem noch von fünf auf sieben Jahre erhöht wurde, muss sowohl die Vergabe als auch die Beratungsstruktur der unabhängigen Patientenberatung grundlegend überdacht werden, damit wir einen besseren Service für die Patienten erreichen.

Im Übrigen bekommt die UPD gGmbH mit neun Millionen Euro jährlich deutlich mehr Geld als die Verbraucherzentralen, die bis 2016 die Patientenberatung durchführten und dafür auch ihre Beratungsstellen vor Ort zur Verfügung stellten. Die Muttergesellschaft Sanvartis agiert als Callcenter für verschiedene Krankenkassen, ein klassischer Interessenskonflikt, zu dem die Bundesregierung sich immer noch nur ausweichend äußert.

Dies wurde auch bereits vom Thüringer Sozialministerium kritisiert. Leider hat aber Thüringen, wie alle anderen Bundesländer, keinen Einfluss auf die Arbeit der UPD, auch nicht auf die Kontrolle ihrer Unabhängigkeit, die Qualität ihrer Arbeit und die Zufriedenheit der Kunden. Zu all diesen Punkten werden seitens der UPD keine Informationen an die Bundesländer weitergegeben. ■

Selbstbestimmung und Patientinnenrechte

Die LINKE-Landtagsfraktion ist Mitveranstalterin eines Fachtages des Netzwerkes Frauengesundheit Thüringen am Mittwoch, den 13. September, im Augustinerkloster in Erfurt.

Erörtert werden sollen dabei u.a. folgende Fragen: Wie gelingt es, Schaden und Nutzen von Therapien abzuwägen? Was brauchen wir, um folgenschwere Entscheidungen für Behandlungen zu treffen? Welche Mitbestimmungsrechte haben Patientinnen aufgrund des Patientenrechtegesetzes? Welche Perspektiven zeichnen sich bezüglich des deutschen Gesundheitssystems ab? Welche Trends entwickeln sich in Europa? Welche Chancen bietet das Modell der integrativen Medizin?

In der Einladung heißt es weiter: „Wir möchten Frauen – als Patientinnen, als Professionelle im Gesundheits- und Sozialwesen, als Multiplikatorinnen, als Politikerinnen einladen, mit uns zu diskutieren und weiterzudenken. Wir möchten informieren und ermutigen. Wir wünschen uns eine rege Vernetzung zwischen Expertinnen verschiedener Professionen und eine Aufstellung politischer Forderungen für eine Schärfung des Bewusstseins für eine differenzierte Frauengesundheitspolitik.“

Der Fachtag beginnt mit Impulsreferaten. Andrea Fabris, Juristin und ehemalige Beraterin der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland, spricht zu

der Frage: Ist unser Gesundheitssystem bereit für die mündige Patientin?

Mit Wegen zur Selbstbestimmung im Umgang mit Brustkrebs beschäftigt sich in ihrem Referat Gudrun Kemper. Sie hat das Buch „Jede neunte Frau.... Frauen berichten von ihren Erfahrungen mit Brustkrebs“ gemeinsam mit anderen betroffenen Frauen erarbeitet und eine Reihe von themenbezogenen Artikeln zu Brustkrebs veröffentlicht.

Die Heilpraktikerin Nora Laubstein ist erste Vorsitzende von ANME, einem europäischen Zusammenschluss für Naturheilkunde. Sie spricht zum Thema: „Integrative Medizin trifft auf selbstbestimmte Patientin“.

Mit einem Grußwort wird sich Heike Werner (LINKE), Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, an die TeilnehmerInnen wenden.

Am Nachmittag geht es in eine Workshop-Phase. Dabei stehen neben den Themen, die durch die Impulsreferate bereits gesetzt wurden, u.a. folgende Problematiken im Vordergrund: Die Vorsorgevollmacht (wer entscheidet) oder die Hebammenversorgung in Thüringen (haben Frauen noch die Wahlfreiheit?).

Anmeldungen zum Fachtag sind zu richten an das Büro der Beauftragten für die Gleichstellung von Frau und Mann im Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie:
VZ_GB@tmasgff.thueringen.de

Nebenbei NOTIERT

von Annette Rudolph

Hochmut

Da wollte es die CDU-Fraktion der 'Linkskoalition' ordentlich geben. Die von ihr eingereichte Aktuelle Stunde zur letzten Landtags Sitzung trug den forschen Titel: „'Vermurkste' Reformen und Zweifel an der eigenen Handlungsfähigkeit im Kabinett des Ministerpräsidenten Ramelow“.

Abgesehen davon, dass solche Poltrei der Linksfraktion zu Oppositionszeiten kaum gestattet worden wäre – was gab es da für Diskussionen mit der Landtagsverwaltung wegen der gebotenen Sachlichkeit –, sahen nun Mike Mohring und die Seinen ihre große Stunde gekommen: „Die schlechteste Regierung, die Thüringen je hatte“, „futsch, verklagt, gescheitert“, „diese Regierung kann es nicht“.

Fast jeder Satz des CDU-Fraktionsvorsitzenden mit tosendem Beifall unterlegt. Während es die Rednerinnen und Redner von Rot-Rot-Grün zum Teil schwer hatten, den schrillen CDU-Zwischensprüche-Chor zu durchdringen. Sie wählten sich im Aufwind, besonders ihr Vorsitzender. Offenbar hatte er die Details der just am gleichen Tage veröffentlichten mdr-Umfrage zur Landtagswahl noch nicht zur Kenntnis genommen. Neben der Parteienpräferenz – die LINKE würde mit hervorragenden 27 Prozent gewählt werden – war auch nach der Beliebtheit von Landespolitikern gefragt worden.

Ministerpräsident Bodo Ramelow bleibt weiter der mit Abstand beliebteste Spitzenpolitiker. 51 Prozent der Befragten gaben an, mit seiner Arbeit sehr zufrieden oder zufrieden zu sein. Deutlich schlechtere Beurteilungen erhielt hingegen Oppositionsführer Mike Mohring. 26 Prozent zeigten sich mit seiner Arbeit sehr zufrieden oder zufrieden, 29 Prozent weniger oder gar nicht zufrieden. Bodo Ramelow kommentierte am Rande der Landtagssitzung nur knapp: „Für den CDU-Landeschef gelte: „Hochmut kommt vor dem Fall“. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.